

Verdrehte Wege

Über die politische Brisanz historischer Betrachtungen und damit verbundene Fragen

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 7. Februar 2007

Unter der Überschrift „Verdrehte Wege“ haben der Politologe Dr. Marek Cichocki und der Historiker Dariusz Gawin am 4. November 2006 in der regierungsnahen Tageszeitung Rzeczpospolita einen Beitrag über „den aus polnischer Sicht **fundamentalen Unterschied im Umgang mit der Geschichte** des zwanzigsten Jahrhunderts“ in Deutschland und Polen geschrieben. Cichocki berät den polnischen Präsidenten in deutschlandpolitischen Fragen und ist im Januar zum Beauftragten des Präsidenten für die Konsultationen zum EU-Verfassungsvertrag ernannt worden. Gawin ist stellvertretender Direktor des Museums des Warschauer Aufstandes.

Wir dokumentieren diesen Diskussionsbeitrag auch auf Bitte der Autoren, weil er zunächst die gerade auch von der polnischen Staatsspitze, den Brüdern Kaczynski, vorgebrachten Vorwürfe intellektuell begründet, **in Deutschland werde die Geschichte zu Lasten Polens neu bewertet und umgeschrieben**. Sodann verdeutlicht der Beitrag, warum die Teilnahme an der Diskussion über die in Polen von offizieller Seite fast ausschließlich „Aussiedlung“ genannte „Vertreibung“ von Seiten der Politik in Polen bislang weitgehend verweigert wird. Schließlich dokumentiert er aber auch ein bestimmtes Verständnis in Polen vom Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit, das sich aus einem tief verwurzelten, durch historische Erfahrungen geprägten Misstrauen gegenüber Deutschland speist.

Die Analyse von Cichocki und Gawin macht – ohne dass sie diesen Punkt direkt anspricht – deutlich, dass die gemeinsame Darstellung verschiedener Vertreibungsschicksale, wie dies in der Ausstellung „Erzwungene Wege“ geschieht, das „moralische Entlastungsdogma“ in Polen von der Einzigartigkeit der Umstände untergräbt, die eben auch die „Aussiedlung“ als einzigartige Reaktion gerechtfertigt habe. Damit wird offensichtlich ein **Kernbestand polnisch staatlichen Selbstverständnisses** angegriffen, was zu der zu beobachtenden politischen Brisanz in Polen und zwischen Polen und Deutschland sowie zu einem Rückschritt hinter die zukunftsweisende Formel der polnischen Bischöfe von 1965 „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ führt.

Die Kernthesen des Artikels von Cichocki und Gawin sind:

- Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ des Vereins „Zentrum gegen Vertreibungen“ entspringe „dem Hauptstrom der Veränderungen, die sich innerhalb der letzten drei Jahrzehnte im Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Vergangenheit und Identität vollziehen. Sie ist eine der unmittelbaren Früchte der deutschen Identitätsdebatten“.

- Die Veränderungen folgten den Interpretationen „konservativer Revisionisten der deutschen Geschichte“, die die Einzigartigkeit des Totalitarismus und seiner Verbrechen, die Einzigartigkeit von Schuld und Verantwortung der Deutschen wie auch die Einzigartigkeit der anschließenden Aussiedlungen und deren Ursachen in Frage stellten. Dahinter stehe die Absicht, „die Frage nach Ursachen und Folgen zu umgehen“ und letztendlich die deutsche Verantwortung zu relativieren.
- Gerade der Fokus auf verschiedene Vertreibungsschicksale in der Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen“, der Befürchtungen hinsichtlich einer selbstbezogenen nationalen Sicht zerstreuen sollte, wird abgelehnt, da er die spezifischen Umstände nivelliere und die „eigentliche Absicht“ verberge, ohne hinreichende Berücksichtigung der deutschen Verantwortung und der Ursachen „endlich über die deutsche Erfahrung der Ausgesiedelten berichten zu können“.
- Während die Infragestellung der Einzigartigkeit in den 80er Jahren im Kontext des Historikerstreites noch heftige Proteste hervorgerufen habe, gehöre diese Interpretation heute „zu einem Teil des offiziellen Diskurses im vereinten Deutschland“. Darin sehen die Autoren einen Rückschritt im historischen Denken in Deutschland.
- Unter diesen Umständen sei **„eine Teilnahme Polens an der Diskussion über Aussiedlungen gänzlich unmöglich“**, da Polen nicht als gleichberechtigter Partner der historischen Debatte behandelt, sondern zur Geisel der deutschen historischen Narration gemacht werde, in der dann nur noch über die „zwei nationalen Katastrophen“ (Andreas Hillgruber), den Holocaust und die Vertreibung der Deutschen gehandelt werde.

Die Thesen werfen u.a. folgende Fragen auf:

1. Wird durch die gemeinsame Darstellung unterschiedlicher Vertreibungsschicksale tatsächlich die Singularität der nationalsozialistischen Herrschaft, ihrer Folgen und der deutschen Verantwortung relativiert?
2. Gibt es einen Rückschritt im historischen Denken im wiedervereinigten Deutschland, der die Relativierung deutscher Verantwortung zum Hauptstrom im Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit gemacht hat?
3. Woher rührt diese polnische Interpretation des Umgangs mit Geschichte in Deutschland und wie kann zu einer differenzierteren Perspektive beigetragen werden?
4. Unter welchen Voraussetzungen ist eine gemeinsam deutsch-polnische Verständigung über die Geschichte aus der Perspektive der polnischen Regierungskreise möglich?
5. Welche Bemühungen können von deutscher Seite unternommen werden, der polnischen Befürchtung entgegenzuwirken, das Schicksal Polens im Kriege und nach dem Kriege finde in Deutschland zuwenig Beachtung und Geschichte werde einseitig zu Lasten Polens dargestellt?

Die Parlamentspräsidenten **Dr. Norbert Lammert** und **Marek Jurek** haben für dieses Jahr einen parlamentarischen Dialog mit Fachhistorikern über die Fragen und den Umgang mit der Geschichte vereinbart. Eine sachliche Auseinandersetzung scheint dringend erforderlich.